

Organisation	Netzwerk Kinder von Inhaftierten (Kvl)
Name	Kugler
Vorname	Hilde
Straße, Hausnumemr	c/o Treffpunkt e.V., Fürther Straße 212
Postleitzahl	90429
Ort	Nürnberg
E-Mail	leitung@treffpunkt-nbg.de
Telefonnummer für Rückfragen	09112747690
Frage 1	Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für die Entwicklung eines Systems, das Daten zur Anzahl der Kinder mit Eltern in Haft sowie deren Lebenssituation erhebt und das Angebote für Kinder inhaftierter Eltern erfasst?
Frage 2	Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kindern kindgerechte Besuche und Kontakt mit ihren inhaftierten Eltern zu ermöglichen zum Beispiel durch häufigere und längere Besuchszeiten und um zusätzliche Kontaktmöglichkeiten über digitale Formate einzurichten?
Frage 3	Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um der Kinder- und Jugendhilfe, dem Justizvollzug und den Eltern hinreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die die Umsetzung der Besuchs- und Kontaktrechte von Kindern inhaftierter Eltern sicherstellen?
Frage 4	Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Angebote zu unterstützen und auszubauen, die inhaftierten Eltern eine Teilhabe an der Elternschaft ermöglichen und ihre Beziehungs- und Erziehungskompetenz erweitern (im Sinne einer verlässlichen Elternschaft zum Wohle des Kindes)?
Frage 5	-
Frage 6	-
Frage 7	-
Frage 8	-
Frage 9	-
Frage 10	-
Bis wann sollen wir antworten (mindestens vier Wochen ab jetzt)?	-27.4.2023

Frage 1: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei für die Entwicklung eines Systems, das Daten zur Anzahl der Kinder mit Eltern in Haft sowie deren Lebenssituation erhebt und das Angebote für Kinder inhaftierter Eltern erfasst?

Antwort DIE LINKE:

DIE LINKE verfolgt zwei Ziele, die in Einklang gebracht werden müssen: Datenerhebungen unter Beachtung von Datenschutz, gerade hinsichtlich sensibler personenbezogener Daten zum einen, und zum anderen eine gute Unterstützung und Förderung von Kindern in schwierigen Lebenssituation und -lagen. Daten über die Anzahl von Kindern mit Eltern in Haft und über unterstützende Angebote sind wichtig, um Bedarfe zu kennen und zu verstehen. Eine diesbezüglich sensible Datenerhebung unterstützen wir, etwa wie sie von Expert*innen in Form von Auswertungen von Kindern in Einrichtungen der Jugendhilfe vorgeschlagen werden (z.B. Anzahl von Kindern in Jugendhilfeeinrichtungen mit Eltern in Haft). Die Erhebung und Evaluierung von Angeboten für diese Kinder und Jugendlichen ist sinnvoll und aus Datenschutzgründen kaum problematisch.

Frage 2: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Kindern kindgerechte Besuche und Kontakt mit ihren inhaftierten Eltern zu ermöglichen zum Beispiel durch häufigere und längere Besuchszeiten und um zusätzliche Kontaktmöglichkeiten über digitale Formate einzurichten?

Antwort DIE LINKE:

DIE LINKE unterstützt Forderungen nach einem kindgerechten Kontakt zu inhaftierten Eltern, wie sie von der UN-Kinderrechtskonvention formuliert werden. Sie haben ein Recht auf Kontakt zu ihren Elternteilen. Wir fordern und unterstützen deshalb Maßnahmen, die den Kontakt von Kindern zu ihren inhaftierten Elternteilen aus einer kindgerechten Perspektive ermöglichen. Dazu gehört auch die Etablierung eines Prozesses, in dem Jugendhilfe und Justiz zusammenarbeiten. Wir fordern zudem für den Besuch von Kindern bei ihren inhaftierten Elternteilen Besuchszeiten, die den Bedürfnissen von Kindern entsprechen; soweit möglich Hafturlaub und Ausgang, um die Kinder möglichst in einem kindgerechteren Rahmen als in der Justizvollzugsanstalt zu treffen; in den Haftanstalten familiengerechte Besuchszimmer sowie einen kindgerechten Aufenthalt während des Besuchs in der Haftanstalt (etwa, indem die Einlasssituation kindgerecht gestaltet wird und etwa auf Körperdurchsuchungen verzichtet wird). Auch digitale Formate sind aus unserer Sicht denkbar.

Frage 3: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um der Kinder- und Jugendhilfe, dem Justizvollzug und den Eltern hinreichende Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die die Umsetzung der Besuchs- und Kontaktrechte von Kindern inhaftierter Eltern sicherstellen?

Antwort DIE LINKE:

Die Jugendhilfe beschäftigt sich erst seit kurzer Zeit mit Kindern inhaftierter Eltern. Hier gilt es, in Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Justiz Konzepte für einen kindgerechten Kontakt zu inhaftierten Elternteilen zu entwickeln. Die hierfür benötigten Ressourcen fordert die LINKE, ebenso wie Mittel für längerer Besuchszeiten, die kindgerecht auch außerhalb der üblichen Besuchszeiten liegen können. Des Weiteren werden Mittel für Fortbildungen der im Justizsystem Beschäftigten wie auch für die Ausstattung der Justizhaftanstalten benötigt, um regelmäßige Onlinekontakte zwischen Eltern und Kindern zu ermöglichen.

Frage 4: Welche Maßnahmen plant Ihre Partei, um Angebote zu unterstützen und auszubauen, die inhaftierten Eltern eine Teilhabe an der Elternschaft ermöglichen und ihre Beziehungs- und Erziehungskompetenz erweitern (im Sinne einer verlässlichen Elternschaft zum Wohle des Kindes)?

Antwort DIE LINKE:

Bei allen Maßnahmen steht das Kindeswohl an erster Stelle und stellt die Leitlinie dar, an der sich die Maßnahmen orientieren. Das bedeutet auch, dass es eines Maßnahmenbündels braucht, denn die jeweiligen Kontaktformen sind immer auch eine Einzelfallentscheidung. Seitens der Jugend- und Familienhilfe sowie der Sozialen Arbeit müssen auch für inhaftierte Eltern Angebote bereitgestellt werden, die Eltern in der Beziehungspflege zu ihren Kindern unterstützen. Dazu gehören etwa Angebote für inhaftierte Eltern wie Familien- und Erziehungskurse sowie Familientage und Familienfreizeitangebote. Auch Elterngruppen (Selbsthilfe- und Erfahrungsgruppen) in den Haftanstalten sind denkbar. Erziehungshilfen müssen auch in Justizhaftanstalten zugänglich gemacht werden. Psychologische und beratende Angebote, die Elternschaft thematisieren, sollten das Angebot abrunden.